

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 09.09.2025
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Taktverdichtung der U76 in den Abendstunden (Mo-Fr.) Vorlage: DezIII/0220/2025	4
3 Linienänderung und Taktverdichtung der Buslinie 839 Vorlage: DezIII/0221/2025	6
4 Erläuterung des Schulwegesicherungskonzeptes Vorlage: BM/0092/2025	6
5 Schulwegsicherung Adam-Riese Schule, Witzfeldstr. Vorlage: FB5/0223/2025	7
6 Anträge	8
6.1 Antrag der SPD-Fraktion zu Schulstraßen und die Beratung durch das Zukunftsnetz Mobilität NRW Vorlage: FB5/0593/2025	8
7 Anfragen	9
7.1 Anfrage SPD-Fraktion Ampelschaltung Kapellenstraße	9
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
9 Termin der nächsten Sitzung steht noch aus	9
10 Verschiedenes	9

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Anwesend:

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Thomas Jung
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Norma Köser
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied	
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Herr Niklas Geppert	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen	Sachkundiger Bürger
Frau Astrid Hansen	Sachkundige Bürgerin
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Rudolf Huthmann	Sachkundiger Bürger
----------------------	---------------------

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Frau Dana Frey	Dezernat III
Herr Daniel Hartenstein	Fachbereich 5
Frau Denise Pottbäcker	Dezernat III/Umwelt
Herr Robert Queck	

Gäste

Herr Tim Bäumken

Schriftführerin

Frau Jasmin Abel	Fachbereich 5
------------------	---------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Thomas Jung

Frau Norma Köser

Herr Daniel Thywissen

Ratsmitglied

Ratsmitglied

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann

Sachkundiger Bürger

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er weist darauf hin, dass nach der Einladung eine Anfrage der SPD-Fraktion fristgerecht eingegangen sei und auf die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger stellt die Frage, auf welche Veranlassung und wer die Parkraumbewirtschaftung des Parkplatzes Kaiserswerther Straße/Im Schieb beschlossen habe. Außerdem möchte er wissen, warum keine Anwohnerbefragung stattgefunden habe. Des Weiteren solle es, gemäß einer dem Einwohner vorliegenden Email des Bürgermeisters, eine Evaluation nach einem bestimmten Zeitraum geben. Ob bei dieser eine Anwohnerbefragung vorgesehen sei. Außerdem fragt er nach, ob geplant sei, diesen Parkplatz in Zukunft in einen kompletten Zeitparkplatz umzuwandeln.

Herr Hartenstein erklärt, dass die Beschlussvorlage auf Grund von Beschwerden von Friedhofsgängern erstellt und vom Ausschuss für Mobilität im Januar 2025 einstimmig beschlossen worden sei. Ausgangspunkt sei gewesen, dass gerade bei zum Teil mobilitätseingeschränkten Friedhofsbesuchern ein großer Bedarf an friedhofsnahen Parkplätzen bestehe. Diese Parkplätze seien zwar mit dem öffentlichen Parkplatz Kaiserswerther Straße/Im Schieb prinzipiell vorhanden, werden aber von den Anliegern stark beansprucht. Eine Anwohnerbefragung habe nicht stattgefunden, da diese in solchen Fällen nicht gesetzlich vorgeschrieben sei. Dieses gehöre zum laufenden Geschäft der Verwaltung. Die Verwaltung werde die Parkplatzsituation beobachten und nach angemessener Zeit ein Resümee ziehen. Eine Anwohnerbefragung sei aber auch dann nicht vorgesehen, ebenso nicht den momentan geteilten Parkplatz in einen kompletten Zeitparkplatz umzuwandeln.

Ein anderer Bürger fragt nach, wann die Schulwegsicherungsmaßnahmen an der Adam-Riese-Schule beschlossen und wie die Bürger darüber informiert werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding erklärt, dass heute darüber abgestimmt und bei einem positiven Beschluss, die Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden sollen. Die Bürger würden über aufgestellte Schilder bzw. Piktogramme informiert werden.

2 Taktverdichtung der U76 in den Abendstunden (Mo-Fr.) Vorlage: DezIII/0220/2025

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch die Taktverdichtung auf der Stadtbahnlinie U76 ab 07.01.2026 an Werktagen von Montag bis Freitag zwischen 17:30 Uhr und 18:30 Uhr, bei einer Beibehaltung der Taktung an Samstagen zu beschließen unter Ergänzung einer Fahrgastevaluation nach 12 Monaten. Die Mehraufwendungen i.H.v. 85.000,- € jährlich sind bei den Haushaltsberatungen 2026 zusätzlich bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding begrüßt Herrn Tim Bäumken von der Rheinbahn AG, der die Beschlussvorlage erläutert.

Sachkundiger Bürger Geppert fragt nach, warum zwei von den vier zusätzlich geplanten Fahrten bereits am Haus Meer enden und nicht bis zur Haltestelle Görgesheide weiterführen. Er erkundigt sich nach der aktuellen Personallage bei der Rheinbahn.

Ratsherr Quaß fragt nach, wann der 10-Minuten-Takt an Samstagen im Ausschuss für Mobilität beschlossen worden sei und warum die U70 nicht an allen Haltestellen in Meerbusch halten könne.

Sachkundige Bürgerin Hansen weist auf eine falsche Darstellung in der Beschlussvorlage hin, dass der 10-Minuten-Takt montags bis freitags bis 17:35 Uhr nur in den Stoßzeiten bestünde und nicht ganztägig.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist auf die mangelhafte Anbindung nach Lank und die Rheingemeinden hin.

Ratsfrau Niegeloh fragt nach, was genau eine 50%-Auslastung der Bahnen bedeute.

Ratsherr Bertholdt stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um die Evaluation der Fahrgastzahlen nach einem Jahr zu ergänzen.

Herr Bäumken erläutert, dass immer aus Angebots- und Nachfragesicht beurteilt werde. Es würde sich nicht in den Zahlen widerspiegeln, dass die Bahnen Samstag leer seien. Dass das Angebot samstags besser sei als an Werktagen, liege daran, dass es das Konzept des Rheintaktes gebe. Die gleichbleibenden Betriebszeiten sollen auch samstags erhalten bleiben.

Er führt fort, dass 50%-Auslastung bedeute, dass alle Sitzplätze belegt seien. Bei 65% Auslastung sei jeder Stehplatz-Quadratmeter mit zwei Personen belegt.

Das Konzept der U70 als Expresslinie müsse überarbeitet werden. Die U70 solle mittelfristig in die U76 übergehen und würde dann an jeder Haltestelle in Meerbusch halten. Hierfür müssten in Meerbusch und Krefeld neue Beschlüsse gefasst werden. Die zusätzlichen Fahrten in den Abendstunden alle bis Görgesheide fahren zu lassen, sei auf Grund von dann benötigten zusätzlichen Bahnen und Personal nicht möglich.

Die Personalsituation sei nicht mehr ganz so angespannt, da die Rheinbahn selber ausbilden würde. Es gebe aber eine hohe Fluktuation und es würde immer schwieriger werden, Menschen für den Beruf zu mobilisieren.

Er stimmt einer Fahrgastevaluation im Frühjahr 2027 zu. Bezüglich der Anschlussmöglichkeiten am Haus Meer müsse man sonst auch den Busfahrplankontakt verdichten. Dieses wäre finanziell und personell nicht machbar.

Sachkundiger Bürger Geppert sagt, dass der 10-Minuten-Takt an Samstagen kein Produkt des Rheintaktes sei, sondern vorher auch schon mit der U74 bestanden habe. Die U70 sei in Nordrhein-Westfalen die einzige Schnellexpressstadtbahnlinie und habe damit keine Daseinsberechtigung. Er sei auch dafür, dass in Zukunft die U70 als U76 fahren solle.

3 Linienänderung und Taktverdichtung der Buslinie 839 **Vorlage: DezIII/0221/2025**

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch folgendes zu beschließen

1. den neuen Linienweg der Buslinie 839 dauerhaft beizubehalten und die Haltestellen in den nächsten Jahren barrierefrei auszubauen.
2. die geplante Taktverdichtung aufgrund der dauerhaft niedrigen Auslastung zunächst nicht umzusetzen.
3. Die benötigten Mittel (siehe finanzielle Auswirkungen) im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026 entsprechend bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ratsfrau Neukirchen fragt nach, da in der Beschlussvorlage stünde, dass die Haltestellen in den nächsten Jahren barrierefrei ausgebaut werden sollen, ob die Haltestellen an den momentanen Standorten bestehenbleiben würden, da sie recht eng verbaut seien.

Ratsfrau Niegeloh ergänzt, dass im Rahmen eines barrierefreien Ausbaus ein Sitz- und Wetterschutz platztechnisch an einigen Haltestellen in Meerbusch nicht möglich sei. Sie fragt nach, in welchem Zeitraum die Maßnahmen vorgesehen seien.

Herr Hartenstein erklärt, dass bei einer Barrierefreiheit zwangsläufig kein Sitz- und Wetterschutz beinhaltet sei. Sie werden diese aber unterbringen, wo sie platztechnisch möglich seien. Trotzdem sei ein barrierefreier Ausbau durch ein Hochboard und taktile Elemente auch ohne Sitz- und Wetterschutz regelkonform. Einen Zeitraum für die Umsetzung könne noch nicht festgelegt werden, da noch nicht geklärt sei, wann welche Haltestelle im 5-Jahres-Ausbauprogramm umgesetzt werde.

4 Erläuterung des Schulwegesicherungskonzeptes **Vorlage: BM/0092/2025**

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erläutert die Beratungsvorlage und sagt, dass diese Vorlage auch als Gegendarstellung zum Antrag zu TOP 6.1 zu sehen sei.

Ratsfrau Niegeloh teilt mit, dass es sinnvoll sei, sich beim Zukunftsnetz Mobilität NRW kostenfreie Informationen der geplanten und tatsächlichen Maßnahmen einzuholen.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel bejaht dieses und ergänzt, dass dies bereits geschehen sei. Die Verwaltung habe bereits mit dem Zukunftsnetz Kontakt aufgenommen.

Ratsfrau Kohn sagt, dass es einen Unterschied zwischen Schulwegepläne und Schulwegsicherungskonzept gebe. Das Schulwegsicherungskonzept wäre ein Mobilitätskonzept für Schülerinnen und Schüler. Es müsse an das Radwegekonzept angebunden werden. Ihr würde in der Vorlage allerdings noch das „Schulscharfe“ fehlen. Sie begrüße es aber, dass zusammen mit verschiedenen Gremien daran mitgewirkt werden könne.

Sachkundige Bürgerin Hansen äußert sich positiv über das Schulwegsicherungskonzept und hofft, dass bei weiteren Maßnahmen, wieder alle Beteiligten eingebunden seien und auf rasche Umsetzung.

Ratsfrau Niegeloh fragt nach, was in der Beratungsvorlage unter der Zusammenarbeit mit Polizei und Ordnungsamt zu verstehen sei. Wie oft diese vor Ort seien. Des Weiteren fragt sie zu den Maßnahmen ÖPNV, ob es eine Erfassung gebe, wie viele Schülerinnen und Schüler pro Bus fahren würden. Außerdem, ob es eine Erfassung der Busausfälle gebe. Anschließend möchte sie wissen, ob bei der Erstellung der Schulwegpläne alle Schulen inbegriffen seien.

Ratsfrau Kohn fragt nach einer möglichen Zeitschiene der weiteren Vorhaben.

Erster und Technischer Beigeordnete Apsel sagt, dass viele der gestellten Fragen die Schulverwaltung betreffen und er diese an die Kolleginnen und Kollegen weiterleiten würde, gerade was die Busauslastung betreffe. Bezüglich Polizei und Ordnungsamt sei es personell nicht möglich, dass die Kollegen 3 x wöchentlich vor Ort seien. An besonderen Tagen, wie der Einschulung schon. In der Regel sei ein Mal im Monat realistisch. Die Schulwegpläne seien für jede einzelne Schule dargestellt und würden regelmäßig fortgeschrieben werden. Die Schulen selber seien dort Treiber. Bezüglich der Umsetzung an der Adam-Riese-Schule, würde bei einem positiven Beschluss, noch dieses Jahr begonnen werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding sagt, dass mit dieser Diskussion auch der TOP 5 „Schulwegsicherung Adam-Riese-Schule, Witzfeldstr.“ und der TOP 6.1 „Antrag der SPD-Fraktion zu Schulstraßen und die Beratung durch das Zukunftsnetz Mobilität NRW“ behandelt worden seien.

Ratsherr Schoenauer lobt ausdrücklich dieses Schulwegkonzept und sehe darin ein ganzheitliches Vorgehen.

Ratsherr Quaß schließt sich dieser Meinung an.

5 Schulwegsicherung Adam-Riese Schule, Witzfeldstr. Vorlage: FB5/0223/2025

Der Ausschuss für Mobilität beschließt folgende Maßnahmen zur Schulwegsicherung der Adam-Riese-Schule auf der Witzfeldstraße im Ortsteil Büberich.

1. Tempo 30-Zone auf der Witzfeldstraße zwischen Poststraße bis Ende Lortzingstraße, sowie bis Oststraße Hausnummer 3 (Fußgängerüberweg) – siehe Plan.
2. Elternhaltestellen auf dem Parkplatz Witzfeldstraße zwischen den Hausnummern 7 und 13 – nördliche Parkreihen), sowie auf der Lortzingstraße auf dem Parkplatz gegenüber dem EDEKA – nördliche Parkreihe) – siehe Plan.
3. Fußgängerüberweg über die Karl-Borromäus-Straße sowie über die Witzfeldstraße Hausnummer 44 – siehe Pläne
4. Absolutes Haltverbot entlang des Eingangs der Schule zwischen der Karl-Borromäus-Straße und Witzfeldstraße / Lortzingstraße sowie auf der Witzfeldstraße vor Hausnummern 40 bis 40a – siehe Plan
5. Piktogramme entlang der Witzfeldstraße (30 km/h und Achtung Kinder) – siehe Plan

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ratsherr Bertholdt sagt, dass die hier vorgeschlagenen Maßnahmen nicht in Stein gemeißelt seien und wo Korrekturbedarf sei, dieser für die Zukunft vorgenommen werden könne. Die Vorlage würde auch dazu dienen, dass die Verwaltung, wenn Bedarf vorliege, genug Geld bereitstellen könne.

Sachkundige Bürgerin Hansen fragt nach, ob eine Evaluierung geplant sei und ob auch alle Parteien, die an der Erstellung beteiligt gewesen seien, erneut mitwirken würden. Des Weiteren erwähnt sie, dass von einigen Eltern Bedenken vorliegen würden, was die Elternhaltestelle auf dem Parkplatz Lortzingstraße betreffen würde. Dieser sei sehr klein und immer voll. Durch eine Beschilderung wären die Parkplätze zwar frei, aber die Frage wäre, ob der Parkplatz etwas zu weit von der Schule gelegen sei.

Erster und Technischer Beigeordnete Apsel sagt, dass ein Elternparkplatz ein Signal sei und dass dadurch Möglichkeiten geschaffen werden, um die Schulkinder gefahrungsfrei aussteigen und den Rest zur Schule laufenlassen können. Das eigentliche Signal sei aber immer noch, die Kinder zu Fuß zur Schule gehen zu lassen. Man würde die Maßnahme circa in einem halben Jahr nochmal mit der Schule besprechen. Eine Haltestelle von 400 m sei durchaus zumutbar, der Parkplatz selber würde aber sogar näherliegen.

Ratsfrau Kohn fragt nach der unterschiedlichen Qualität der beiden vorgeschlagenen Parkplätze.

Erster und Technischer Beigeordnete Apsel erklärt, dass die Verwaltung darauf angewiesen sei, einen Raum zu finden, der in örtlicher Nähe zur Schule vorhanden sei. Diese beiden Parkplätze seien etablierte Parkplätze des Umstieges zwischen PKW und Fußgänger. Einer sei etwas größer, der andere etwas kleiner. Der einzige Unterschied sei, dass es eine zeitliche Beschränkung gebe, die es erlaubt, dort während der Schulbring- und -holzeiten das Fahrzeug abzustellen und dort kein Dauerparken notwendig sei. Von dort aus gebe es einen sicheren fußläufigen Schulweg. Die Umsetzungen sollen dieses Jahr noch stattfinden.

6 Anträge

6.1 Antrag der SPD-Fraktion zu Schulstraßen und die Beratung durch das Zukunftsnetz Mobilität NRW Vorlage: FB5/0593/2025

Ratsfrau Kohn sagt, dass sie sich vorstelle, dass aus der Beratungsvorlage zu TOP 4, sich die Beratung durch das Zukunftsnetz Mobilität NRW ergeben würde.

Ratsfrau Niegeloh ergänzt, dass in der Vorlage erwähnt sei, dass ein Kontakt mit dieser stattgefunden habe. Sie fragt nach, ob es möglich sei, diesen Kontakt in Zukunft auszubauen.

Herr Hartenstein erklärt, dass das Zukunftsnetz Mobilität NRW als Wissensvermittler und Beispielgeber tätig sei. Die Beratung ergab aber auch, dass es gut zu überlegen sei, eine Schulstraße einzurichten. Diese würden nicht immer zum Erfolg führen, wenn die falschen Voraussetzungen vorliegen. Es

sei in der Vorlage dargelegt, welche Randbedingungen zum Zuge kommen müssten. Außerdem müsse die Elternschaft stark eingebunden werden, was nach einer kurzen Aktionsphase oft an Akzeptanz verliere.

Ratsfrau Niegeloh zieht ihren Antrag zurück.

7 Anfragen

7.1 Anfrage SPD-Fraktion Ampelschaltung Kapellenstraße

Herr Queck von der Verwaltung sagt, dass diese Ampelschaltung im Eigentum von Straßen.NRW sei und diese im Zuge der nächsten Wartung zugesichert habe, die gewünschte Programmänderung einzuspielen. Auf Grund eines vorliegenden Fachkräftemangels, sei dieses allerdings nicht sofort möglich, sondern erst im Laufe des Restjahres, im Zuge der sowieso anstehenden Wartung.

Ratsfrau Niegeloh weist nochmal auf die Dringlichkeit dieses Anliegens hin, da es sich hierbei auch um einen Schulweg handele.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Zu diesem TOP erfolgen keine Wortmeldungen der Ausschussmitglieder.

9 Termin der nächsten Sitzung steht noch aus

10 Verschiedenes

1. Haltverbot auf der Meerbuscher Straße (L476) entlang der Waldruhestätte

Ratsherr Bertholdt verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung vom 18.03.2025, dass die Halteverbotsschilder immer noch nicht aufgestellt worden seien. Es würden zunehmend Besucher auf dem Grünstreifen der L476 parken. Er weist auf die Dringlichkeit hin, da der dort vorhandene Radweg auch als Schulweg genutzt werde.

Herr Hartenstein antwortet, dass Straßen.NRW hierfür zuständig sei.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Schilder wurden zwischenzeitlich aufgestellt.

2. Fördermittel Mobilitätskonzept

Sachkundige Bürgerin Hansen möchte wissen, ob allgemein Beantragungen von Fördermitteln zum Mobilitätskonzept gestellt worden seien, aber vor allem für den Radschnellweg von Krefeld nach Düsseldorf. Ob da Gespräche mit den Städten Krefeld und Düsseldorf stattfinden würden.

Frau Frey antwortet, dass dieser kein Radschnellweg sei, sondern lediglich eine Radschnellverbindung. Bezüglich des „Böhlerradweges“ stimme sich die Stadt Meerbusch mit den Nachbarstädten Düsseldorf und Krefeld ab, was den weiteren Ausbau betreffe. Für die Lückenschließung des Radweges im Stadtgebiet (z. B. Lücke Haus Meer), seien zur Zeit seitens der Stadt Meerbusch noch keine Fördermittel beantragt worden.

Sachkundige Bürgerin Hansen möchte wissen, ob für andere Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept Fördermittel beantragt worden seien.

Frau Frey sagt, dass für jede größere Maßnahme aus dem Mobilitätskonzept, die umgesetzt werde oder die Stadtverwaltung plane, ein Fachausschuss die Maßnahme beschließe und die Verwaltung im Vorfeld die Fördermittelverfügbarkeit prüfe. Aktuelle liefe die Realisierung der Maßnahme Radabstellanlagen an den Grundschulen, für die bereits Fördermittel beantragt worden seien.

Meerbusch, den 25. September 2025

Dr. Felix Nieberding
Ausschussvorsitzender

Jasmin Abel
Schriftführer/in